

25.04.2009

## Pressemitteilung

### Die Politik muss sich stärker um die Opfer von rassistisch begründeter Diskriminierung kümmern

Als bestürzend bezeichnete Gerd Pflaumer, Vorstandsmitglied von **AKTIONCOURAGE** e.V. SOS Rassismus, die jetzt bekannt gewordenen auf Deutschland bezogenen Ergebnisse einer Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte (FRA), mit der insgesamt 23.500 Migranten in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten über rassistisch begründete Diskriminierung befragt wurden. In Deutschland wurden speziell Menschen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien nach ihren Erfahrungen befragt. 52% der Türken und 46% der Einwanderer vom Balkan erklärten, dass Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung in Deutschland sehr oder ziemlich verbreitet seien. Der von vier Befragten beider Gruppen kennen keine Organisation in Deutschland, die bei Schwierigkeiten Beratung und Hilfe anbietet.

„Die Hoffnungen, die an diverse Integrations- und Islamgipfel, den Nationalen Integrationsplan, die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle auf Bundesebene etc. geknüpft worden sind, haben sich bisher offenbar nicht erfüllt. Die Politik auf allen Ebenen darf angesichts der Ergebnisse dieser Umfrage nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern muss ihre Anstrengungen erheblich verstärken, indem sie – wie auch vom FRA-Direktor Morten Kjaerum empfohlen – die Hilfsangebote für Diskriminierungsopfer ausbaut, die Fälle von Diskriminierung und rassistisch motivierte Straftaten systematischer erfasst und vor allem die Menschen mit Migrationshintergrund besser über ihre Rechte und die Hilfsangebote informiert“, betonte Pflaumer. Dies gelte umso mehr, als die tief greifende und lang anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise befürchten lasse, dass rassistisch begründete Diskriminierung vor allem auf dem Arbeitsmarkt und rechtsradikales Gedankengut Auftrieb erhalten werde.

In einem Schreiben an den NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU) schlug Pflaumer die baldige Einberufung einer Konferenz auf Landesebene unter Beteiligung kommunaler Spitzenverbände und wichtiger Akteure der Zivilgesellschaft wie Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Wohlfahrtsverbände, im Bereich Migration und Integration tätige NGOs und Initiativen sowie Migrantenorganisationen vor. Auf der Konferenz sollte diskutiert werden, wie die ansatzweise bereits vorhandene vorzugsweise nichtstaatliche Hilfs- und Beratungsstruktur in NRW möglichst dezentral ausgebaut und wie Migranten über deren Angebote besser informiert werden könnten. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die kürzliche UN-Antirassismus-Konferenz in ihrem einstimmig beschlossenen und

AKTIONCOURAGE e.V. -  
SOS Rassismus  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel. 0228 – 21 30 61  
Fax 0228 – 26 29 78  
info@aktioncourage.org  
[www.aktioncourage.de](http://www.aktioncourage.de)

#### Vorstand:

Bernhard von Grünberg  
(Vorsitzender)  
Brigitte Erler  
Klaus Gabrielli  
Dr. Heiner Geißler BM a.D.  
Gudrun Graichen-Drück  
Heiko Kauffmann  
Sanem Kleff  
Dr. Gerd Pflaumer  
Sybille von Stocki  
Klaus Stoltenberg

#### Kuratorium:

Marianne Birthler  
Dr. Norbert Blüm BM a.D.  
Dr. Nadeem Elyas  
Maybrit Illner  
Prof. Barbara John  
Dr. Sabine Leutheusser-  
Schnarrenberger MdB  
Cem Özdemir  
Dr. Edzard Reuter  
Prof. Hansjürgen Rosenbauer  
Dr. Herbert Schnoor  
Dr. Monika Wulf-Mathies

AKTIONCOURAGE  
wird unterstützt u.a. von:  
Franziska van Almsick  
Dr. Franz Alt  
Dirk Bach  
Dieter Baumann  
Dr. Alfred Biolek  
Renan Demirkan  
Dr. Klaus von Dohnanyi  
Johannes B. Kerner  
Brothers Keepers  
Jürgen von der Lippe  
Xavier Naidoo  
Die PRINZEN  
SMUDO, Die Fantastischen Vier  
Günter Wallraff

Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft Köln  
BLZ 370 205 00  
Konto 7097 400

AKTIONCOURAGE e.V.  
ist Mitglied im DPWW

mittlerweile trotz ihres verfehlten Konferenzboykotts auch von der Bundesregierung anerkanntes Abschlussdokument ebenfalls die Einrichtung unabhängiger Stellen zur Behandlung von Beschwerden von Opfern rassistisch begründeter Diskriminierung in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit und Beschäftigung empfohlen habe. Jetzt zeige sich, wie sinnvoll die bei der Beratung über das Gleichbehandlungsgesetz aus der Zivilgesellschaft erhobene Forderung gewesen sei, anstelle einer zentralen staatlichen Antidiskriminierungsstelle, die bisher weitgehend im Verborgenen operiere, eine unabhängige dezentrale Hilfs- und Beratungsstruktur nach dem Modell bereits in einigen Großstädten bestehender Antidiskriminierungsbüros einzurichten. Solange eine derartige Struktur nicht vorhanden sei, was auch mit Finanzierungsproblemen zu tun habe, sollten sich die in den meisten Städten bereits tätigen Integrationsbeauftragten verstärkt um die Opfer rassistisch begründeter Diskriminierung kümmern. Sie müssten dann aber personell entsprechend ausgestattet werden.

Abschließend erklärte Pflaumer, dass Nordrhein-Westfalen als großes Bundesland mit dem bisher einzigen Integrationsminister auf Landesebene, der für eine fortschrittliche Integrationspolitik stehe, mit der vorgeschlagenen Konferenz ein deutliches öffentliches Zeichen vor allem auch gegenüber den in NRW lebenden Menschen mit Migrationshintergrund setzen könnte, dem sich hoffentlich andere Bundesländer anschließen würden.